

ANTIMILITARISTISCHE AKTIONSTAGE

13.-15. JUNI 2013

Für militärfreie Bildung und Forschung



Kein Militär und keine Rüstung in Bildung und Wissenschaft – Lernen für den Frieden!

„Nein“ zur Normalisierung des Krieges nach Innen und Außen

Unter dem Deckmantel des „humanitären Krieges“ wird versucht, das „Recht des Stärkeren“ als Prinzip der internationalen Politik durchzusetzen. Doch Frieden und Demokratie lassen sich nicht herbeibomben – Kriege hinterlassen im Gegenteil unzählige Tote, Verwundete und Flüchtlinge sowie die Zerstörung von Umwelt und Infrastruktur. Jeder Krieg verweist auf das Versagen der internationalen Diplomatie und den Unwillen zu einer zivilen Konfliktlösung.

Für emanzipatorische Bildung – „Nein“ zur Militarisierung der Gesellschaft

Bildung und Wissenschaft können dazu beitragen, die Ursachen von Krieg und die Voraussetzungen für Frieden zu ergründen. Alle Menschen können sich mit den drängenden Problemen der Gesellschaft befassen und für eine menschenwürdige Welt wirken. Der Einfluss der Bundeswehr auf die Schulen und militärisch orientierte Forschung und Lehre an Hochschulen zielen stattdessen auf die Vorbereitung, Akzeptanz und Normalisierung von Krieg als Mittel der Politik. Hiergegen setzen wir uns zur Wehr und rufen dazu auf, sich aktiv gegen die Militarisierung der Gesellschaft, für militärfreie Bildung und Wissenschaft einzusetzen.

Dezentrale Aktionstage

Vom **13. bis 15. Juni 2013** sollen in möglichst vielen Städten vielfältige und kreative Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt werden. Wir wollen Politik und Öffentlichkeit auf die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft aufmerksam machen und für eine friedliche, aufklärerische Ausrichtung von Bildung und Wissenschaft streiten.

Militär und Rüstungsindustrie raus aus der Bildung!

Wir fordern Schulen und Hochschulen auf, ihre Verantwortung für eine friedliche Gesellschaft wahrzunehmen. Die Selbstverpflichtung der Hochschulen auf zivile und friedliche Zwecke durch die Einführung von Zivilklauseln und Beschlüssen von Schulen gegen Kooperationen mit dem Militär sind entscheidende Schritte dorthin.

Die zivile und friedliche Ausrichtung der **Hochschulen** soll gesetzlich verankert werden. Durch die strukturelle Unterfinanzierung von Bildung und Wissenschaft werden viele Hochschulen in Kooperationen mit Rüstungsunternehmen getrieben. Öffentliche Einrichtungen dürfen jedoch nicht dem Profit durch Rüstung und Krieg dienen. Der Abhängigkeit der Wissenschaft von externen Geldgebern muss daher durch eine ausreichende öffentliche Finanzierung entgegengewirkt werden. Forschungsvorhaben und Geldquellen müssen offengelegt werden.

Wir fordern die Regierungen auf, **Schulen** als zivile Einrichtungen zu erhalten. Wehrdienstberater und Jugendoffiziere werben an Schulen immer intensiver für eine Karriere bei der Bundeswehr und präsentieren den Beruf des Soldaten als ganz normalen Job. Tatsächlich sterben und töten deutsche Soldaten und Soldatinnen in Afghanistan und anderswo. Die Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr müssen ersatzlos gekündigt werden.

Bildung und Wissenschaft für eine friedliche Welt! Bundeswehr raus aus den Schulen! Zivilklauseln an allen Hochschulen!

Lernen für den Frieden

Keine Rüstungsindustrie und kein Militär in Bildungseinrichtungen.

Bildung und Wissenschaft müssen dazu beitragen, die Ursachen von Krieg, Möglichkeiten ziviler Konfliktlösung und die Voraussetzungen für Frieden zu ergründen. Alle Menschen können sich kooperativ mit den drängenden Problemen der Gesellschaft befassen und für Völkerverständigung und eine menschenwürdige Welt wirken. Angesichts kriegerischer Konflikte weltweit ist das dringend erforderlich.

Der Einfluss der Bundeswehr auf die Schulen und die zunehmende Abhängigkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen von privaten Geldgebern, insbesondere aus dem Bereich der Rüstungsindustrie und des Militärs, zielen stattdessen auf die Vorbereitung, Akzeptanz und Normalisierung von Krieg als Mittel der Politik. Hiergegen setzen wir uns zur Wehr – für eine demokratische und friedliche Entwicklung!

Mit meiner Unterschrift trete ich für eine Gesellschaft ein, die von Aufklärung, Argumentation und Solidarität bestimmt ist statt von der gewaltsamen Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen.

- Ich fordere die Schulen und Hochschulen auf, ihrer Verantwortung für eine friedliche Gesellschaft gerecht zu werden. Die Selbstverpflichtung der Hochschulen auf zivile und friedliche Zwecke durch die Einführung von Zivilklauseln und Beschlüssen von Schulen gegen jegliche Kooperation mit dem Militär sind entscheidende Schritte dorthin.
- Die Landesregierungen fordere ich auf, die Schulen als zivile Einrichtungen zu erhalten und die politisch gewollte Beeinflussung der SchülerInnen und LehrerInnen durch die Bundeswehr zu beenden. Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr müssen ersatzlos gekündigt werden.
- Die zivile Ausrichtung der Hochschulen soll in den Landeshochschulgesetzen festgeschrieben werden. Der Abhängigkeit der Wissenschaft von privatwirtschaftlichen Geldgebern muss durch eine ausreichende öffentliche Finanzierung von Bildung und Wissenschaft entgegengewirkt werden. Forschungsvorhaben und Geldquellen müssen offengelegt werden.

Kontakt: lernenfuerdenfrieden@yahoo.de

Kontakt Daten zum Aufruf für die Aktionstage an ba-wue@dfg-vk.de und zur Unterschriftenkampagne an Lernenfuerdenfrieden@yahoo.de
Dazu Email Peter Förster forstpeter82@googlemail.com an Info-Liste zivilklausel@havanna.asta.etc.tu-bs.de vom 18. April 2013
mit Einladung zum Zivilklausel-Vernetzungstreffen am 12. Mai an der Uni Frankfurt. Für Rückfragen Julian Töwe J.Toewe@gmx.net